

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Kollegen und Kolleginnen,  
Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der DG,

1999 hat die Friedrich Ebert Stiftung eine interessante Arbeit veröffentlicht,  
mit dem Titel:

Staatsmodernisierung tut not - tun wir das Nötige?

In einem Punkt geht man darin auf die Verwaltung und deren Umbau ein.  
Hierzu heißt es im Schlusswort:

Wir müssen das Ziel all dieser Bemühungen im Auge behalten:  
eine leistungsfähige, effiziente und kostengünstige moderne Verwaltung.

Wenn man die Verwaltungs- und Bürokratiekosten Belgiens auf EU Ebene  
vergleicht, muss man wieder einen Negativ-Rekord feststellen.

Und die klassische Politik tut ihr möglichstes daran, diesen Rekord zu halten.  
So kann man zumindest diesen heute zur Abstimmung vorliegenden Beschluss  
zusammenfassen.

Meine Damen und Herren,

leider hab ich nur eine sehr kurze Redezeit und kann nicht tiefer in die  
Problematik einsteigen, somit werde ich mich entsprechend kurz fassen.

Hunderttausende zieht es auf die Straßen, um gegen Sparmaßnahmen der  
Föederalregierung zu protestieren.

Ein Grund für die missliche Lage, in welcher sich der Staat befindet, ist ein  
destruktives Geld- und Finanzsystem, das nur wenige bevorteilt und welches  
nicht nur den Bürgern, sondern auch dem Staat teuer zu stehen kommt.

Ein weiterer Grund, über diesen wird leider in der aktuellen politischen Debatte  
zu wenig gesprochen, sind die enormen Bürokratiekosten in Belgien.

Wenn man Fremden die komplizierte Struktur Belgiens erklärt.  
Folgt direkt immer wieder dieselbe Frage:

„Wie finanziert ihr dies alles? Regionen, Gemeinschaften, Provinzen, Gemeinden, Senat...“

Wir belasten die Bürger mit den höchsten Steuern und Abgaben und wir haben eine enorme Staatsschuld.

Und dann bemerken die meisten Personen:  
„Aber das kann doch nicht gut gehen.“

Nein, und das tut-es auch nicht.  
Vieles ist einfach überdimensioniert, einiges wird doppelt gemacht in unserem föderalen Belgien und manches sogar drei oder vierfach.

Und die Frage stellt sich.  
Können wir uns diese komplexe Staatsstruktur überhaupt leisten.  
Und will der Bürger dies.

Somit sollte das Ziel sein, nach Möglichkeiten zu suchen die Verwaltung zu vereinfachen, zu verschlanken und die enormen Bürokratiekosten abzubauen.

Aber die klassische Politik sieht dies anders, nicht Logik steht im Vordergrund sondern politische Interessen, jeder will alles selber machen, koste es was es wolle.

Wir haben immer wieder gesagt, dass versucht werden sollte, die vorhandenen Ressourcen anders aufzuteilen und zu prüfen, ob man Synergien schaffen und Mittel frei machen kann.

Man ist jedoch hier einen anderen Weg gegangen, wie dieser Beschluss heute belegt.

Hier im Parlament werden neue Stellen geschaffen und zusätzliche Personalmitglieder eingestellt.

Die Kosten belaufen sich auf mehr als 200.000,- Euro pro Jahr, eine genaue Summe konnte oder wollte man mir nicht mitteilen.

Wir müssen uns bewusst sein, was dies bedeutet.

Es geht hier nicht um eine einmalige Summe, sondern um Personalstellen welche über Jahre die Gesamtkosten der DG erhöhen werden.

Meine Damen und Herren,

mit unserer Kritik wollen wir keinen Menschen, sondern das System treffen.

Wir werden in der Haushaltsdebatte sicherlich weiter darauf eingehen, da ja auch in der Regierung und im Ministerium neue Personalmitglieder eingestellt werden,-somit wird auch in der DG weiter daran gearbeitet, den Negativ-Rekord Belgiens zu halten.

Kollegen und Kolleginnen, sie sollten sich eines vor Augen führen:

Im Grunde genommen, kommen-alle zur Verfügung stehenden Gelder in Belgien aus einem Topf.

Und die Regierungen sind sehr fleißig darin, diesen ständig zu leeren.

Die DG und auch andere Gliedstaaten bleiben nur flüssig, weil sie sich immer weiter verschulden.

Thomas Jefferson hat einmal gesagt:

Um unsere Unabhängigkeit zu bewahren, dürfen wir nicht zulassen, dass uns unsere Herrscher mit fortwährender Verschuldung belasten.

Wir müssen die Wahl treffen zwischen Wirtschaftlichkeit und Freiheit oder Verschwendung und Knechtschaft.

Die Vivant Fraktion wird diesen Beschluss ablehnen.